

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Es ist ein unverkennbares Kennzeichen der jetzigen Entwicklung, wie mit der

zunehmenden Stabilisierung der westlichen Front

die Gegensätze zwischen den beiden Blöcken sich zuspitzen. So mußte man es erleben, daß in der jüngsten Berichtsperiode die Atmosphäre nachgerade ziemlich «giftig» geworden ist. Je mehr sich die Ergebnisse des Marshallplans auszuwirken beginnen, um so schärfer werden eben die Gegenstöße aus dem Osten. Nach ihrer ganzen Zielsetzung muß die Moskauer Politik es zweifellos mit ausgesprochenem Mißfallen vermerken, daß die Konsolidierung im Westen schon recht ordentliche Fortschritte gemacht hat, — und dabei stehen wir erst im zweiten Jahre des Marshallplans. So schürt Moskau die Unruhe wo und wie es nur gerade kann: deshalb die ständige fiebrige Bewegung in Italien, deshalb auch der neue, fast sensationell anmutende Vorstoß des Kommunistenführers Thorez in Frankreich. Aus der fortschreitenden Entwicklung erklärt sich auch der scharfe Angriff Moskaus, sekundiert von Warschau aus, gegen eine Beteiligung einzelner skandinavischer Staaten am Atlantikpakt. Indessen besteht durchaus der Eindruck, daß sich der Westen durch diese Dinge je länger desto weniger irritieren läßt. Zwar ergab sich im Zusammenhang mit der in eine ziemlich akute und recht ernsthafte Diskussion gezogenen Stellung Norwegens eine beschränkte Periode der Unsicherheit, die freilich in der Hauptsache den immer noch wenig ausgeglichenen Methoden der amerikanischen Diplomatie zuzuschreiben war. Allein die Krise verflüchtigte sich so schnell wie sie gekommen war, und es ist heute kaum mehr ein Zweifel darüber möglich, daß

Norwegen den Anschluß an die atlantische Gruppe

vollziehen wird, vielleicht auch Dänemark, während Schweden in einer wohl überlegten und begründeten Neutralität zu verharren gedenkt. Ganz abgesehen von seinen eigenen Dingen sichert es durch diese Haltung die Stellung Finnlands in dieser schwierigen Atmosphäre, die bei einer anderen Entscheidung Schwedens neuerdings im höchsten Grade gefährdet wäre. Nachdem so das skandinavische Intermezzo sich auf dem Wege der Lösung befindet, ist somit vorauszusehen, daß der Atlantikpakt in der nächsten Zeit in den ungefähr erwarteten Formen Gestalt annehmen wird, als festgefügte Organisation der europäischen Mächte also, mit intensiver Beteiligung Canadas und einer verbindlich-unverbindlichen Sicherung durch die Vereinigten Staaten. Diese Sicherung wird sich zuerst in einer neuen Auflage der «Leih- und Pachthilfe» zu Gunsten der europäischen Länder auswirken, soweit sie in Betracht fallen, und dabei handelt es sich in der Hauptsache um die Lieferung von Kriegsmaterial. Immerhin wird man, trotz dieser Perspektive, und ungeachtet der großen

militärischen Organisation, die — in Fontainebleau — bereits aufgezogen ist, sich über die effektive militärische Stärke dieses Westblocks, soweit seine europäischen Partner in Frage kommen, auch für die nächsten Jahre kaum irgendwelchen Illusionen hingeben. Von einem ernstlichen Entschluß zur Aufrüstung ist nämlich nirgendwo die Rede. Wie die Dinge in dieser Beziehung in Frankreich und Italien liegen — dieses scheint durch den Friedensvertrag ohnehin gebunden —, ist bekannt. Holland erklärt sich außerstande, für die europäische Verteidigung einen irgendwie ins Gewicht fallenden Beitrag zu leisten, weil es seine Truppen in Indonesien benötigt. Was England betrifft, so rüstet es eher ab als auf, weil die Regierung es ablehnt, das Programm der wirtschaftlichen Prosperität irgendwie beeinträchtigen zu lassen, also zusätzlich Arbeitskräfte für den Wehrdienst auszuschneiden. Auch verfügen weder Belgien noch Norwegen oder gar Dänemark über irgendwelche nennenswerten Bestände, und von einer wirklichen Absicht zu ernsthafter Ausrüstung für die Zukunft ist auch dort nichts zu spüren.

Man verläßt sich eben auf die Vereinigten Staaten,

und beruhigt sich mit der Perspektive, die große überseeische Macht würde eine Zerschlagung ihrer eigenen Okkupationstruppen in Zentraleuropa und eine Überflutung des Kontinents durch die russischen Heere niemals ohne sofortige und machtvolle Reaktion geschehen lassen. Die Überlegung ist wahrscheinlich richtig; trotzdem läßt sie aber für den Europäer ein etwas peinliches Gefühl zurück — ganz abgesehen von den betrüblichen Aussichten, die sich dadurch dem Kontinent für den Fall eines Krieges eröffnen —, und man begreift es, wenn in den Vereinigten Staaten ab und zu ernsthafte Vorbehalte hörbar werden. Wie dem auch sei — inzwischen dürften sich, angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Erholung, die immer noch sehr starken

kommunistischen Positionen in Westeuropa,

also hauptsächlich in Italien und Frankreich, allmählich abbauen lassen. Dafür werden aber wohl Verbote der Kommunistischen Partei weder hier wie dort ernsthaft in Frage kommen. Was jedenfalls Frankreich betrifft, so läßt sich eine Partei kaum verbieten, welche über ein Drittel der Stimmberechtigten vertritt. Dort erscheint das einzige Mittel, dieser starken Bewegung einmal beizukommen, eine wirklich ernsthafte Besserung der sozialen Verhältnisse, denn die wirtschaftliche Besserstellung durch die Marshallhilfe wird sich für Frankreich, in politischem Sinne, nur dann auswirken können, wenn sie wirklich allen Schichten, also auch dem dort zweifellos vorhandenen Arbeiterproletariat, zugute kommt. Und was Italien betrifft, so läßt sich dort eine befriedigende Lösung, wie unser italienischer Mitarbeiter schon wiederholt hervorgehoben hat, nur dann erzielen, wenn dem Problem der Arbeitslosigkeit, verursacht durch den chronischen Bevölkerungsüberschuß, einmal ernstlich begegnet werden kann. Mit Tripolis allein wird sich dies freilich kaum erzielen lassen, — ganz abgesehen davon, daß die Engländer bis heute wenig Neigung bekundet haben, diese Position der italienischen Einwanderung wieder zu öffnen. Allein auch die Aufnahmefähigkeit und der Aufnahmewille in Südamerika, auf das sich stets so viele italienische Blicke richten, scheint nicht gerade groß zu sein.

Brief aus Washington

Die jüngsten Ereignisse in China

haben, wenigstens im gegenwärtigen Augenblick, den Brennpunkt des Weltinteresses von Europa weg nach dem Fernen Osten verlegt. Besonders in den Vereinigten Staaten sind die fernöstlichen Angelegenheiten von den hinteren Seiten der meisten Zeitungen verschwunden und tauchen auf der ersten Seite wieder auf, wo sie in großen Schlagzeilen die Blicke auf sich ziehen. Der Kampf um die amerikanische Politik im Fernen Osten, der immer sehr lebhaft gewesen ist, wird jetzt mit Bitterkeit und Zorn geführt. Der jetzige Zeitpunkt scheint deshalb geeignet für eine kurze Analyse der Lage. Wenn man nach dem Ausmaß der geübten Kritik urteilen wollte, könnte es fast scheinen, daß die Vereinigten Staaten bis heute unfähig gewesen seien, irgendetwas richtig zu machen im Fernen Osten seit der Kapitulation Japans. Diejenigen, die sich hauptsächlich mit dem Problem des Kommunismus befassen, sind immer höchst kritisch gewesen gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten, die einerseits beinahe keine Anstrengung scheuten, um den russischen Einfluß in Westeuropa einzuschränken, es andererseits aber zuließen, daß sich die Lage in China dauernd verschlechterte. Dieses Vorgehen, sagen diese Kritiker, gleiche dem Verriegeln und Verbarrikadieren des Haupteinganges zu einem Hause, wobei man gleichzeitig die Hintertüre weit offen lasse. Eine weitere Gruppe wendet sich mit Bitterkeit gegen die amerikanische Besetzungspolitik in Japan, weil, wie sie glauben, die Vereinigten Staaten ihren ehemaligen Feind wieder auf die Beine stellen auf Kosten anderer Mächte im pazifischen Raum, die im Krieg auf unserer Seite mitkämpften. Sie begründen ihre Klagen mit wirtschaftlichen Interessen, Sicherheitsfragen und der moralischen Wirkung, welche die Unterstützung eines ehemals feindlichen Volkes haben muß, das erst noch zu zeigen hat, daß es bereit und fähig ist, seinen Weg zurück in die Gemeinschaft anständiger Menschen zu gehen. Eine weitere Gruppe bezweifelt offen, daß in China eine wirksame Stellungnahme gegen die kommunistische Flut möglich ist und setzt sich deshalb fanatisch ein für den Plan, Japan als mögliche Ausgangsstellung und wichtigen Verbündeten zu betrachten. Diese Leute kritisieren die amerikanische Politik, weil die Vereinigten Staaten das frühere Inselreich nicht rasch genug wieder aufbauen. Es ist offensichtlich schwer, es all' diesen Gruppen recht zu machen. Aber Amerikas Grundproblem ist weit schwieriger als die Angleichung der auseinandergelassenen Ansichten über den Fernen Osten. Knapp ausgedrückt war und ist das Problem, daß die Vereinigten Staaten, obwohl sie die mächtigste Nation der Nachkriegswelt sind, weder mächtig genug, noch reich genug sind, um jeder Krise in jedem Winkel der Welt entgegenzutreten zu können. Seit fast zwei Jahren richtet sich die Hauptanstrengung der Vereinigten Staaten auf die Unterstützung der Demokratien in Westeuropa, ein Programm, das bis jetzt nicht ganz ohne Erfolg durchgeführt worden ist. Aber zur gleichen Zeit als der Marshallplan entstand und sich auszuwirken begann, verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, die national-chinesische Regierung zu unterstützen, und diese Hilfe war keineswegs gering. Für ungefähr zwei Milliarden Dollar Lieferungen gingen nach China, und zwar zu einem bloßen Bruchteil ihres Wertes. Dazu wurden Gelddarlehen im Betrag von verschiedenen hundert Millionen gewährt. Jetzt, da die chinesischen Kommunisten am Jangtse stehen, wird der offensichtliche Zusammenbruch der Nationalregierung als

eine der Hauptniederlagen der amerikanischen Diplomatie

betrachtet. Sicher freut sich Washington kaum über den Vormarsch der roten Streitkräfte, aber tatsächlich muß als die eigentliche Niederlage das Versagen der Mission General Marshalls vor zwei Jahren betrachtet werden.

Obwohl sich nicht bestreiten läßt, daß der Zerfall der Herrschaft der Nationalisten ein Rückschlag für die amerikanische Diplomatie ist, sollte man aber doch nicht so weit gehen, einen Sieg Tschiangs als Sieg der Vereinigten Staaten zu betrachten. Auch hätte dieser Sieg nicht eine glückliche Lösung der Gesamtprobleme Chinas bedeutet. Wie sehr auch die Ziele des Generalissimus der amerikanischen Unterstützung würdig schienen, blieb doch in bezug auf Methode und Durchführung viel zu wünschen übrig. Man hat viel vom «demokratischen» China gehört, aber

das Regime des Kuomintang war nie wahrhaft demokratisch,

gar nicht zu reden von der Duldung der Korruption und der Schlamperei in der Verwaltung. Nach der Meinung von Beobachtern, welche die Aspirationen der Millionen von Asiaten verstanden haben, bot die Herrschaft Tschiangs kein geeignetes Programm für die Verwirklichung von Chinas Schicksal, und es besteht wenig Hoffnung, daß sie jemals ein solches Programm hätte aufstellen können. Daß China zu den «Großen Fünf» bei den Vereinigten Nationen gezählt wurde, war nur eine Geste — der Ausdruck eines frommen Wunsches weit eher als die Anerkennung einer vollendeten Tatsache. Die Voraussetzung für ein politisch kluges, zielsicheres Vorgehen in Asien ist das Verständnis der allem zugrunde liegenden sozialen Strömungen in diesem Teile der Welt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Welt ist in Bewegung und fordert — geistig und körperlich beweglich geworden — die Früchte des Lebens, die ihnen bisher vorenthalten worden sind. Verschiedene Anzeichen berechtigen zur Annahme, daß die gegenwärtige amerikanische Regierung das begriffen hat und entsprechend handelt. Daß die Vereinigten Staaten nicht imstande waren, in elfter Stunde irgendeine dramatische Aktion zur Rettung Tschiangs zu unternehmen, ergab sich vielleicht nicht bloß aus der Tatsache, daß Amerika in anderen Gegenden der Welt stark engagiert ist, sondern auch aus dem Gefühl heraus, daß diese Rettung, selbst wenn sie erfolgreich gewesen wäre, im Grunde keine Lösung der Hauptprobleme gebracht hätte. Ein anderer Faktor, der, obwohl nicht entscheidend, doch einen tiefen Einblick in die Verhältnisse in China gewährt, darf hier wohl beiläufig erwähnt werden. Beobachter in Washington, die Zugang haben zu den zuverlässigsten Quellen aus China, geben uns eine interessante

Beurteilung der chinesischen Kommunisten.

Sie halten diese für bessere Chinesen als Kommunisten und sind der Ansicht, daß zwar ausgedehnte Reformen in China zu erwarten sind, wie überall in Asien, daß es aber nicht wahrscheinlich sei, daß das vieltausendjährige Land sich nach dem Vorbild der U.S.S.R. umbilden oder zum russischen Satelliten werde. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß viele sogenannte Kommunisten in China die rote Fahne verlassen werden, wenn sie ihren Zwecken nicht mehr dient. Es gibt jetzt schon beispielsweise Anzeichen einer Neigung bei den kommunistischen Kommandanten, die großen Kriegsherrn zu spielen. Dabei soll aber keineswegs bestritten werden, daß das kommunistische China im Einklang steht mit Rußland, daß es auf die eine oder andere Art von den U.S.S.R. unterstützt worden ist, und von Männern geführt wird, die in Moskau ausgebildet wurden. Dagegen bezweifelt man ernstlich, daß der Kommunismus sich in China halten, oder gar zur Blüte kommen kann.

Die Amerikaner sind sich der langsamen, aber ungeheuer mächtigen sozialen Strömungen in Asien voll bewußt. Die Regierung glaubt fest, daß

das Zeitalter des Imperialismus abgeschlossen

werden muß und daß die Ungerechtigkeiten der Kolonialherrschaft verschwinden müssen. Die feste Haltung der Vereinigten Staaten bei den Vereinigten Nationen in

der Frage Indonesiens zeigt diese Haltung klar. Überdies ist der Glaube weit verbreitet, daß die eurasische Politik der westlichen Großmächte viel dazu beitragen kann, eine kluge Eindämmung der überbordenden Forderungen und Wünsche dieser vielen Millionen Menschen zu ermöglichen. Die Gelegenheit ist günstig. Nur durch äußerst weitblickende Maßnahmen, die von weisen und selbstlosen Männern ins Werk gesetzt werden, kann sie genützt werden. Die neuen Führer Asiens, die unter der zerstörerischen «Neuen Ordnung» Japans erzogen wurden, werden sich nicht leicht täuschen lassen. Auch kennen sie sehr wohl die schlummernden Kräfte, über die sie verfügen. Vielleicht ist Premierminister Nehru der bedeutendste asiatische Führer, und die Konferenz der Führer des Ostens in Neu-Delhi, die er präsiidierte, ist ein Maßstab für das, was noch bevorsteht.

Von diesem Hintergrund der Wirren in China, der heftig drängenden Forderungen nach einem besseren Leben in Indien, in Pakistan und in den arabischen Ländern, vor diesem Hintergrund, der uns den Todeskampf des Imperialismus in Südostasien zeigt, kommt

Präsident Trumans Antrittsrede

wirkliche Bedeutung zu. Denn der Schlüssel zur amerikanischen Außenpolitik der Zukunft muß in dem berühmt gewordenen «Vierten Punkt» seiner Rede gefunden werden, wo er Hilfe fordert für die unentwickelten, vernachlässigten Gebiete der Welt. Die Vereinigten Staaten werden nicht mitmachen bei der Ausbeutung und fortgesetzten Unterjochung von Völkern minderen Rechts. Im Gegenteil: sie haben erkannt, daß die Zeit gekommen ist, um den Lebensstandard in diesen Gebieten zu heben, und — was am wichtigsten ist — sie anerkennen die Dringlichkeit, dafür zu sorgen, daß diese Entwicklung dem Muster der Demokratie, nicht dem der autoritären Herrschaft folgt.

Eine äußerst schwierige Frage ist die nach der

Stellung Japans in einem neuen Asien.

Es ist ein vorwiegend wirtschaftliches Problem. Es ist schon erwähnt worden, daß Anklagen erhoben worden sind, Japan werde als möglicher Verbündeter zu gut behandelt. Tatsache ist aber, daß nichts geschehen ist, um die Japaner zu bewaffnen. Auch sind keine Schritte unternommen worden, um die Kriegsindustrien wieder zu beleben. Die amerikanische Besetzung wird nicht so rasch zu Ende gehen, und die genaue Form und Art des «Neuen Japan» wird sich wahrscheinlich ziemlich langsam herausbilden. Die wirtschaftliche Wiederherstellung Westeuropas und die Bildung einer kraftvollen atlantischen Staatengruppe stehen natürlich in engem Zusammenhang mit dem ganzen fernöstlichen Problem.

Denn — sagen wir es mit größtem Nachdruck —

diese Welt ist eine Einheit,

und die Genesung Europas kann nur die heilsamste Wirkung auf die Entwicklung in Asien haben. Zusammenfassend kann man also feststellen, daß die jüngsten Ereignisse in Asien die Beobachter in Washington zwar beunruhigt, aber nicht notwendigerweise auch erschreckt haben oder gar verzagen ließen. Man findet Trost bei der Betrachtung der Geschehnisse auf weite Sicht, und man sieht einen hellen Hoffnungsschimmer für die Zukunft, wenn man die Ausführungen des Präsidenten über ein neues Programm des «Fair Deal» studiert, das für die ganze Erdkugel gültig ist.

Richard J. Davis

Brief aus Österreich

Aus *Wien* wird uns geschrieben:

Jeder politische Beobachter muß die Ausdauer bewundern, mit der die österreichische Regierung immer wieder die Initiative ergreift, um die Verhandlungen über den Staatsvertrag mit Österreich neu in Gang zu bringen. Bisher war diesen Bemühungen in letzter Konsequenz allerdings kein Erfolg beschieden und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die nun nach acht Monaten in London wieder aufgenommenen

Staatsvertragsverhandlungen

keine wesentlich besseren Ergebnisse zeitigen werden als die früheren Zusammenkünfte der Großmächte. Bei der latenten Spannung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten ist auch nicht einzusehen, warum Rußland plötzlich in Österreich nachgeben sollte. Schon gar nicht jetzt, wo Truman und Attlee die Propagandavorstöße Stalins durchschaut haben. Eine solche politische Desavouierung kann sich höchstens noch ein demokratischer Staatsmann leisten, — ein Diktator aber muß einen solchen Prestigeverlust durch neue Unnachgiebigkeit aufwägen, will er seinen Nimbus bewahren.

Von den in London zu klärenden Fragen stehen wohl die territorialen Probleme im Vordergrund. Die Bundesregierung nahm auf Grund des Zerwürfnisses zwischen Rußland und Jugoslawien an, daß sich die Sowjets nun ihres 1945 dem Staatskanzler Dr. Renner gegebenen Versprechens, die Staatsgrenzen unverändert zu lassen, erinnern werden. Eine Zeitlang schien es auch so, als werde sogar Tito durch Nachgiebigkeit versuchen, ein gutnachbarliches Verhältnis zu Österreich zu schaffen — denn gerade er müßte dies heute bei der lauernden Feindschaft ringsum gut brauchen können. Nun, da die Londoner Verhandlungen begonnen haben, zeigt es sich, daß die Sowjets weit davon entfernt sind, selbst in einer Frage nachzugeben, die sie nicht direkt betrifft: nämlich die der Grenzen Österreichs. Die Kontroversen zwischen Moskau und England scheinen also doch nicht eine solche Situation geschaffen zu haben, die es den Russen günstiger scheinen ließ, Südkärnten bei Österreich zu belassen. Und Marschall Tito, dessen Herrschaft in seinem Land wohl nicht erschüttert, aber doch wankend geworden ist, kann sich jetzt, wo er des Verrates an den marxistischen Prinzipien beschuldigt wird, nicht auch noch einen «nationalen Verrat» der Kärntner Slowenen nachsagen lassen.

Ein anderes Problem, über das man in London kaum eine Einigung erzielen wird, ist das der rund 500 000 Heimatlosen. Der größere Teil von ihnen ist deutscher Muttersprache und England würde es am liebsten sehen, wenn Österreich diese ganz behalten würde. Dagegen erhebt Rußland Einspruch, denn es vermutet, daß diese 500 000 Menschen eine weitere Verstärkung der antikommunistischen Kräfte in Österreich bedeuten würden. Diese Auffassung der Sowjets besteht übrigens ganz zu recht, aber schließlich kann Marschall Stalin von jenen Menschen keine große Liebe verlangen, die er in Potsdam selbst aus ihren Wohngebieten vertrieben hat.

Bezüglich des sogenannten «deutschen Eigentums» hatte man sich im Vorjahr bereits weitgehend geeinigt — allerdings auf Kosten Österreichs. Der französische Delegierte Chérière bot damals den Russen 53 % der österreichischen Erdölproduktion an, diese aber verlangten immer noch 64 %. Auch hier ist der Hinweis nicht unangebracht, daß die Russen bereits im Sommer 1945 eine gemeinsame Ausbeutung der österreichischen Erdölfelder offeriert hatten, wobei sie den Österreichern 50 % der Besitzanteile einer neugegründeten Gesellschaft anboten. Die Regierung schlug dies aber im Hinblick auf die Zumutung, österreichischen Besitz freiwillig den Russen zu überantworten, aus und vertraute auf den Richter-

spruch der Alliierten. Wie man sieht, läßt er auf sich warten und wird außerdem ein für Österreich kostspieliger Kompromiß sein, den man vor vier Jahren durch ein zweiseitiges Abkommen mit den Russen billiger hätte haben können.

Weit mehr als für die Londoner Staatsvertragsverhandlungen, die selbst am Ballhausplatz keine großen Erwartungen auslösen, interessiert man sich hier aber für den neugegründeten

Verband der Unabhängigen,

der sich zu Anfang Februar in Salzburg konstituiert hat. Es ist das zwar keine richtige «Vierte Partei», von deren Kommen man seit Jahren spricht, aber wohl trotzdem ein ernst zu nehmender politischer Faktor für die nächsten Jahre. Da sich der Alliierte Rat bisher geweigert hat, eine neue Partei in Österreich zuzulassen, im Lande aber eine starke Strömung gegen den herrschenden Tripartismus besteht, hat man sich entschlossen, eine Dachorganisation aller Oppositionsgruppen zu schaffen, aus der später dann wohl einige Parteien entstehen werden. Vorläufig geht es lediglich darum, bei den Herbstwahlen auftreten zu dürfen und Abgeordnete in das Parlament zu bringen, womit neben der kommunistisch-destruktiven auch eine bürgerlich-konstruktive Opposition bestehen würde. Da das Wahlgesetz (als Teil der Verfassung) jedermann zur Kandidatur zuläßt, könnte hiedurch auch der Alliierte Rat umgangen werden. Allerdings würde dann die komische Situation eintreten, daß es wohl unabhängige Abgeordnete und auch eine unabhängige Presse geben würde — nicht jedoch einen Parteiapparat im Lande selbst.

Der führende Kopf der Unabhängigen ist der junge Publizist Dr. Herbert A. Kraus, Herausgeber der vielbeachteten Salzburger Wochenschrift «Berichte und Informationen» — ein Mann voll von Ideen und guten Absichten, allerdings auch nicht ohne jenen Ehrgeiz, der andere tüchtige Männer nicht gelten läßt. Zu den Proponenten zählen parteilose Arbeiterräte, Journalisten der unabhängigen Presse, Exponenten der ehemaligen rechtsgerichteten Landbundpartei, der Freiwirtschaftler und des Kongresses der Parteilosen — sicherlich ein Konglomerat verschiedener Richtungen, aber zusammengehalten von dem Wunsch nach politischer Befriedung des Landes, nach Sauberkeit und Rechtssicherheit im Lande und nicht zuletzt eng verbunden einer christlich-abendländischen Gesinnung. Man darf sicher sein, daß die Resonanz dieser Gründung im Volk stark war und daß sie die letzte Chance für eine Einfügung der abseitsstehenden, aber aufbauwilligen Kräfte darstellt. Wird diese zunichte gemacht, so könnte Österreich wieder ein Land der unterirdischen Betätigung werden — ähnlich wie in den fünf Jahren vor dem zweiten Weltkrieg.

In der

wirtschaftlichen Entwicklung

des Landes läßt sich eine weiter fortschreitende Besserung feststellen. Es ist seit der Festigung des Schillings so, daß man schon fast alles käuflich erwerben kann — allerdings immer noch zu relativ hohen Preisen. Da das Geld weiterhin knapp ist, hat (besonders seit Weihnachten) ein starker Preissturz eingesetzt. Die «schwarzen» Nahrungsmittelpreise sanken z. B. nach einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes innerhalb eines Monats um 13 %. Die industrielle Produktion behielt dieselbe Höhe wie in den vergangenen Monaten, obwohl ja gerade im Winter zahlreiche Stromschwierigkeiten entstehen. Damit gibt man sich jedoch nicht zufrieden und der Präsident der Industriellenvereinigung, Dr. Lauda, erließ dieser Tage einen Appell, in welchem er einer erhöhten Produktion das Wort redete. Sie soll übrigens mit der Verwaltungsreform Hand in Hand gehen und 20 000 überzähligen und schlecht bezahlten Staatsbeamten eine neue Existenz als Facharbeiter in der Wirtschaft sichern — ein Vorschlag also, der das überaus schwierige Problem des aufgeblähten Beamtenapparates in Österreich praktisch zu lösen gewillt ist. In diesem

Zusammenhang war die Mitteilung interessant, daß heute 500 000 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, um ein wesentlich geringeres Sozialprodukt herzustellen und zu verwalten als 1937. Diese ungesunde Situation zu revidieren und damit das Kardinalproblem Österreichs zu lösen — das wird die Aufgabe des neuen Parlamentes sein, das im Herbst gewählt werden soll.

Brief aus Athen

Seit ungefähr vierzehn Tagen wird Griechenland von einem

Koalitionskabinett

regiert, das im Vergleich zu den vorhergehenden Kabinetten einen wirklichen Fortschritt darstellt. Die öffentliche Meinung ist jetzt so weit gekommen, zu verlangen, daß die Politiker alle Rivalität auf der Seite lassen und sich gemeinsam bemühen, das Land aus der schlimmen Lage, in dem es sich befindet, zu befreien. Man könnte die Färbung des neuen Kabinetts als «fortschrittlichen Liberalismus» bezeichnen. Der Einfluß der Sophilisten ist darin zu Gunsten der Liberalen vermindert.

Die vorherige Regierung Sophulis-Tsaldaris wurde mehr und mehr von den Zeitungen aller Parteien kritisiert. Man warf ihr vor, nichts zu unternehmen, um den Staatsdienst zu reorganisieren, und keine ihrer Versprechungen zu halten. Es kamen Skandale bei der Lebensmittelversorgung vor, es gab Fälle von Kapitalflucht ins Ausland. Einige der Regierung nahestehenden Personen sahen sich kompromittiert. Im Dezember erhielt die Regierung in der Kammer eine Mehrheit von nur einer Stimme. Der König machte sich die Parlamentsferien zunutze, um die Führer aller in der Kammer vertretenen Parteien zusammenzurufen. Er stellte ihnen in sehr lebhaften Farben das Leiden des Volkes und die Gefahren der gegenwärtigen Lage dar und beschwor sie, zu einem Einverständnis zu kommen und eine Regierung des öffentlichen Wohls zu bilden.

Es folgten Unterhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Führern, die zu unaufhörlichem Feilschen Veranlassung gaben. Das Publikum war wütend, weil es feststellen mußte, daß die Politiker ihre persönlichen Interessen dem des allgemeinen Wohls vorangehen ließen. In Kreisen der extremen Rechten wurde gesagt, man müsse zur Rettung des Landes seine Zuflucht zur Diktatur nehmen.

Der König war aber so klug, sich jeglichen Vorgehens zu enthalten, das die Verfassung verletzt hätte. Er berief Sophulis, den Ältesten unter den Parteiführern, von neuem und beauftragte ihn, eine Koalitionsregierung auf breiter Basis zu bilden. Sophokles Venizelos (Vizepräsident der liberalen Partei), Kanellopulos (Führer der Unionisten) und Markezini (Führer der Neuen Partei) erklärten sich zur Mitarbeit bereit. Alexander Diomedes, ehemaliger Gouverneur der Nationalbank und ehemaliger Finanzminister zur Zeit von Eleftherios Venizelos, wurde Vizepräsident des Ministerrates. Ihm wird es obliegen, die Tätigkeit des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums zu einer Zusammenarbeit mit den Dienstzweigen der amerikanischen Mission und des Marshallplanes zu bringen. Tsaldaris (Führer der Volkspartei) behält das Portefeuille des Außenministeriums. General Papagos, der Sieger des albanischen Feldzugs, ist an die Spitze der Armee gestellt.

Als die Regierung sich der Kammer vorstellte, erhielt sie 245 von 296 abgegebenen Stimmen. Die Kammer hat eine viermonatige Unterbrechung ihrer Arbeit beschlossen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, alle ihre Anstrengungen der Unterdrückung des kommunistischen Aufstandes zu widmen. Diese Frage hat

den Vorrang vor allen andern, denn man kann nicht daran gehen, das Land wieder aufzubauen, solange die Kommunisten fortfahren, es zu verwüsten.

Die neue Regierung kündigt die Absicht an, in den Staatsfinanzen Ordnung zu schaffen und eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, welche die Besserung der Lage der notleidenden Klassen zum Ziel haben. Sie wird eine außerordentliche Kriegsteuer einführen, die nur die wohlhabenden Klassen treffen und deren Ertrag zur Unterstützung der Familien der Mobilisierten verwendet werden soll. Das Ergebnis dieser Steuer schätzt man auf 100 Milliarden Drachmen. Außerdem kündigt die Regierung ihre Absicht an, den Schmuggel zu unterdrücken, die Dezentralisation zu begünstigen und die in beklagenswertem Zustand befindliche Verwaltung zu reorganisieren.

Das Programm der neuen Regierung kann in ein paar Worten so zusammengefaßt werden: das Land vom kommunistischen Einfluß befreien, es moralisch und materiell wieder mit dem Notwendigsten ausrüsten. Die materielle Lage hat sich dank der amerikanischen Hilfe und der Mitwirkung amerikanischer Experten bereits gebessert.

J. Tissameno

Stalin über die Revolution

Die amerikanische Zeitschrift «*Foreign Affairs*» publiziert in ihrer letzten Ausgabe einen Aufsatz über die Ideen Stalins von der Revolution, dem deswegen besondere Bedeutung zukommt, als man hinter dem mit *Historicus* zeichnenden Verfasser, dem fast sämtliche Veröffentlichungen Stalins zwischen dem 1. Januar 1929 und 28. März 1948 zur Verfügung standen, den zurückgetretenen Botschafter der USA in Moskau, *Bedell Smith*, vermutet. Die Hauptquellen der Untersuchung sind Stalins «*Probleme des Leninismus*», die seit ihrem Erscheinen 1924 in elf Auflagen erschienen sind und seine «*Geschichte der KPSU*» (1938), die heute in etwa 31 Millionen Exemplaren verbreitet ist¹⁾.

Die wachsenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geben, nach Stalin, dem Klassenkampf den Dynamismus, der ihn zur Revolution treibt. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus vereinigen sich monopolistische und imperialistische Trusts zu einer gemeinsamen Front des Weltkapitalismus. Die Widersprüche des Kapitalismus haben in der internationalen Sphäre ihre Analogie im Kampf der Imperialisten und der ausgebeuteten Kolonien, aber auch im Kampf zwischen den rivalisierenden kapitalistischen Ländern selbst. Der zwischen ihnen unvermeidliche Krieg ist im Denken Stalins als «*Hebamme der Revolution*» von großer Wichtigkeit.

Durch die Oktoberrevolution, für welche die eben erwähnten Widersprüche die Basis bildeten, wurde ein anderer, weiterer Widerspruch aufgedeckt, der Gegensatz zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen. Die Tatsache der Existenz des sozialistischen Systems demonstriert die «*Verfaultheit*» des Kapitalismus, der durch Einkreisung und Intervention in den sozialistischen Ländern dieser Gefahr zu entgehen sucht.

Das Zusammentreffen aller Widersprüche bewirkt, sagt Stalin, die Revolution. Für die Diagnose, ob die Situation zur Machtergreifung durch das Proletariat reif sei, bezeichnet Stalin mehrere, unbedingt notwendige Kriterien: die Macht der Bourgeoisie muß erschüttert sein, das Proletariat muß sich erhoben haben, die Massen müssen Verbündete oder «*Reserven*» des Proletariats werden. Eine wichtige, diagnostische Rolle spielt ein Begriff, der im Denken Stalins nach 1929 wiederholt als

¹⁾ *Foreign Affairs*, an American quarterly review, January 1949, New York.

Symptom für den fortschreitenden Verfall der kapitalistischen Welt auftaucht: die *Wirtschaftskrise*, die ein Ausdruck des Mißverhältnisses von Produktionsmitteln und Produktionsverhältnissen ist.

Kulminationspunkt in der einen oder anderen Form ist der Krieg, der die revolutionären Schlachten beschleunigt und erleichtert, und im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion — indem er das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats festigt und seine Liebe zum sozialistischen Mutterlande erhöht — sich als ein günstiger Faktor für die Revolution erweist. Deshalb erwartete Stalin den nächsten Vorstoß der Revolution während oder unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, der sich für ihn als Ergebnis der Entwicklung der Weltwirtschaft und der politischen Kräfte auf der Basis des Monopolkapitalismus darstellt.

Die *«Kunst der Revolution»* besteht für Stalin in wirkungsvoller Parteiaktion, welche die Revolution ins Rollen bringt. Hierzu gehört die bewußte Organisation durch die kommunistische Führerschaft. Aus dem historisch-dialektischen Materialismus ergibt sich die Überzeugung, daß das Bewußtsein das Kommen des Unabwendbaren beschleunigen oder verzögern kann und daß die tatsächliche Revolution nur durch menschliche Anstrengung geschehen kann. Daher folgt die sozialistische Ideologie nicht aus der spontanen Arbeiterbewegung, sondern aus der Wissenschaft. Die Verkörperung der wissenschaftlichen Wahrheit ist *die Partei*, die eine zentralistisch kontrollierte Armee unter strikter militärischer Disziplin sein muß, die keine andere Partei tolerieren kann und Verräter vernichten muß. Dieser Unfehlbarkeitsanspruch gibt auch die Erklärung für die *Säuberungen*, die kein Zeichen von Schwäche der Partei, sondern ein Zeichen ihrer Stärke sind. Das *Ein-Partei-System* wird gepriesen, weil es die Diktatur der Arbeiterklasse stark erhält. Die paradox klingende Ansicht Stalins, daß die demokratischen Freiheiten immer vereinbar gewesen seien mit strikter kommunistischer Parteikontrolle, so daß das Sowjetsystem beanspruchen könne, demokratischer zu sein als irgend ein anderes, ist als Konsequenz aus vermeintlich unfehlbaren wissenschaftlichen Einsichten zu verstehen.

Die Vorbereitung der subjektiven Faktoren der Revolution ist die Aufgabe der Strategie und Taktik, die bei Stalin sehr flexibel sind. Aus den Schriften ergibt sich, daß illegale und unterirdische Bewegungen eine große Rolle spielen, daß ein revolutionärer Gebrauch von Kompromissen und Reformen vorgesehen ist, um sie für die Vorbereitung der Revolution als ein Instrument der Desintegration, als Deckmittel der illegalen Arbeit zu gebrauchen. Das Ziel der Strategie ist, die Diktatur des Proletariats in einem Lande aufzurichten und diese als Basis für den Sturz des Imperialismus in allen Ländern zu verwenden.

Durch den zweiten Weltkrieg haben sich, nach Stalin, die Widersprüche des Kapitalismus derartig verstärkt, daß in einer Reihe von Ländern die Revolution möglich geworden ist. Da aber der Gang der Revolution nicht gleichmäßig ist, sondern sich wellenlinienförmig im Rhythmus von Ebbe und Flut bewegt, so werden die Überreste, die nicht unter der gegenwärtigen Revolutionswelle zusammenbrechen, sich zeitweilig stabilisieren, daher muß eine gewisse Heftigkeit in den revolutionären Taktiken der Nachkriegszeit angewendet werden. Der industrielle und militärische Machtzuwachs der U.d.S.S.R. nach dem zweiten Weltkrieg macht es möglich, daß sie in verstärktem Maße als Basis dienen kann, um das Proletariat des Westens mit den *«nationalen Befreiungsbewegungen»* im Osten zu einer Weltfront gegen den Weltimperialismus zu verbinden.

Die einzigen Erklärungen Stalins, die seiner Auffassung von der Sowjetunion als Stützpunkt der Weltrevolution widersprechen, hat er in zwei Unterredungen mit ausländischen Journalisten abgegeben, in denen er erklärte, die UdSSR hätte niemals die Übertragung der Revolution auf andere Länder im Sinne gehabt und weiter von der Möglichkeit und Wünschbarkeit der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen sprach. Bedenkt man, daß

diese Äußerungen Stalins in der Sowjetunion nie veröffentlicht wurden, während Lenins Ansicht über Zusammenarbeit, daß nämlich die Existenz der Sowjetrepublik Seite an Seite mit den imperialistischen Staaten für längere Zeit undenkbar sei, in Millionen von Exemplaren bis in die Gegenwart verbreitet werden, so erweisen sich die Erklärungen über die Zusammenarbeit als reine Taktik. Und in dieser Taktik wäre die Sowjetunion so weit gegangen, daß sie, wie Stalin gegenüber Stassen im Jahre 1947 erklärte, mit dem nationalsozialistischen Deutschland ebenso zusammengearbeitet haben würde wie mit jedem anderen kapitalistischen Lande, wenn es Deutschland gewünscht hätte.

In Anbetracht der neuen Friedensoffensive, welche die Sowjetunion anscheinend eingeleitet hat, kommt dieser Untersuchung wesentliche Bedeutung zu. Der Verfasser gibt durch seine klare Herausarbeitung der politischen Grundüberzeugungen Stalins die Möglichkeit, die sich vielfach widersprechende sowjetische Politik auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Friedenspolitik, die viel diskutierten Spaltungen im Politbüro, das Verhältnis zur westlichen Welt erweisen sich als vordergründige Taktik zu dem einen *Ziel*, das Stalin 1938 in seiner Parteigeschichte als den *Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt* bezeichnet hat.

Alfred Schüler

Militärische Umschau

Eile mit Weile

Die *Motorisierung unserer Armee* ist in stetem Ausbau begriffen. In der Infanterie sind alle Reitpferde durch Motorräder und Motorpersonenwagen ersetzt worden, mit Ausnahme der Reitpferde der Trainoffiziere und der berittenen Trainunteroffiziere. Die Neuorganisation der Leichten Truppen bringt eine Reduktion der Kavallerie von 30 auf 24 Schwadronen, bei gleichzeitiger Vermehrung der motorisierten Leichten Truppen. Gemäß Beschluß der Bundesversammlung vom Dezember 1948 werden die letzten 24 pferdebespannten Batterien ebenfalls umbewaffnet und motorisiert, so daß von 1950 oder 1951 an die Artillerie überhaupt keine Pferde mehr aufweist. Die Flieger- und Fliegerabwehrtruppe hat ohnehin nie Pferde besessen. Die Genie-Übermittlungstruppen haben ihre Gebirgs-Telegraphenkompanien teilweise, die übrigen Einheiten vollständig motorisiert. Bei den Bautruppen sind die Pontonierbataillone bereits voll motorisiert, und die Sanitätstruppe stellt gegenwärtig motorisierte Sanitätseinheiten für die neuen Leichten Brigaden auf. Die Verpflegungstruppe ist seit 1938 motorisiert. Auch in Schulen und Kursen wird das Pferd immer seltener. Die Kurse für höhere Offiziersausbildung (Zentralschulen und dergl.) und die Offiziersschulen der Infanterie werden motorisiert durchgeführt, einzig die Trainaspiranten erhalten noch Reitunterricht, und die Trainoffiziere in den Rekrutenschulen der Infanterie sind noch beritten. Selbst der Nachwuchs für die zur Zeit noch bespannten 24 Batterien wird bereits motorisiert ausgebildet. Im Instruktionkorps hat der «Instruktorenwagen» schon weitgehend das Rationspferd verdrängt.

Die geschilderte Entwicklung führt zu einem großen *Rückgang im Pferdebedarf* der Feldarmee, der Schulen und Kurse, bei gleichzeitiger Steigerung des Bedarfes an Motorfahrzeugen. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Bundesfinanzreform und die künftige Höhe des Militärbudgets wurde bereits in der Eingabe des E.M.D. an den Bundesrat vom 28. Juni 1947 die zwingende Notwendigkeit der Verschmelzung des *Kavallerie-Remontendepots* (KRD) in Bern und der Eidgenössischen *Pferderegieanstalt* (EPRA) in Thun in eine einzige Anstalt festgestellt

(S. 13). Der Bundesrat hat diesen Vorschlag in die Botschaft vom 22. Januar 1948 über die Bundesfinanzreform aufgenommen. Gleich wie die erwähnte Eingabe rechnet die Botschaft mit einem jährlichen Kostenaufwand von 7 Millionen Franken für die zukünftige einzige Militärpferdeanstalt (Bundesblatt 1948, I, S. 371). Dieser Betrag kann noch reduziert werden, denn bei dessen Berechnung war das Ausmaß der inzwischen erfolgten Einschränkungen im Pferdebedarf nicht im vollen Umfang bekannt.

Trotz der vorgesehenen Verschmelzung erfolgte eine *Personalvermehrung*. Dies geht aus den Angaben der verschiedenen Budgetbotschaften der letzten Jahre hervor:

	Remontendepot	Regieanstalt	Total Arbeitskräfte
Rechnung 1944	458	273	731
Rechnung 1945	448	281	729
Rechnung 1946	471	288	759
Voranschlag 1947	496	256	752
Rechnung 1947	472	297	769
Voranschlag 1948	496	302	798
Stand 1. 6. 48	474	293	767
Voranschlag 1949	496	301	797

Der Grund für diese seltsame Erscheinung liegt in der Tatsache, daß die Kavallerie in den Jahren 1947 bis 1949 noch rund 1500 Dragoner beritten machen muß, für die während des Krieges keine Pferde eingeführt werden konnten. So wurden 1948 für die Dragonerrekruuten der Jahre 1946 und 1947 1250 Remonten beschafft, während die Remonten des Jahres 1949 an die Rekruten der Jahre 1948 und 1949 abgegeben werden, so daß bis Ende dieses Jahres alle Dragoner beritten sein sollten. Während aber die Abteilung für Leichte Truppen mit großen finanziellen Aufwendungen des Bundes die Berittenmachung dieser Dragoner nachholt, muß sie zufolge Reduktion der Zahl der Dragonerschwadronen gleichzeitig 20 % der Dragoner aus den berittenen Schwadronen herausziehen und zu den Motordragonern versetzen. Natürlich kann man zunächst die schlechten Pferdehalter aus den Dragonerschwadronen ausscheiden, sodann jene Dragoner, deren Reitfähigkeit nachläßt, oder deren Konstitution sich nicht mehr gut für einen reitenden Dragoner eignet. Aber die Dragonerschwadronen werden kaum 20 % wenig geeignete Leute aufweisen, rühmt man sie doch immer als eine Elitetruppe unserer Armee. Die Umteilung zu den Motordragonern wird daher manchen wackeren Reitersmann treffen, der mit seinem «Eidgenoß» noch lange tüchtigen Reiterdienst leisten könnte.

Wir stehen vor der befremdlichen Tatsache, daß die Abteilung für Leichte Truppen auf der einen Seite unberittene Dragoner remontiert und hiezu noch das Personal der Pferdeanstalten vermehrt, während sie auf der andern Seite berittene Dragoner zu den Motordragonern umteilen muß. Derart gegensätzliche Maßnahmen sind nicht verständlich. Liegt der Grund in einer Arbeitsteilung ohne notwendige Koordination durch eine höhere Stelle? Es ist ein häufiges Ubel der Bürokratie, daß jedes Büro und jede Dienststelle nur die eigenen Aufgaben und Interessen im Auge hat, ohne Rücksichtnahme auf die Arbeit oder die Bedürfnisse anderer Stellen. So kann man es immer wieder erleben, daß in der gleichen Angelegenheit oder wenigstens auf verwandten Gebieten zwei verschiedene Dienststellen in entgegengesetztem Sinne wirken. Wäre es nicht einfacher gewesen, auf die Berittenmachung der 1947 noch unberittenen 1500 Dragoner zu verzichten, sie bei den Motordragonern einzuteilen und sich mit der Pferdebeschaffung für die Rekruten des laufenden Jahres zu begnügen, wie dies 1947 in der militärischen Umschau des Dezemberheftes vorgeschlagen worden ist? Dann wäre es nicht notwendig gewesen, den Personalbestand der beiden Pferdeanstalten noch kurz vor ihrer Verschmelzung aufzublähen.

Aber auch die *Verschmelzung der beiden Pferdeanstalten* gibt verschiedene Rätsel auf. Das E.M.D. nahm sie bereits im Juni 1947 definitiv in Aussicht, sie ist in der bundesrätlichen Botschaft vom Januar 1948 niedergelegt, einen verbindlichen Beschluß faßte der Bundesrat aber erst am 30. November 1948. Darnach wird die EPRA in den Jahren 1949 und 1950 stufenweise abgebaut und voraussichtlich auf den 31. Dezember 1950 aufgehoben. Ihre Pflichten sollen dem KRD übertragen werden, das als einzige Militärpferdeanstalt seinen Sitz in Bern behalten wird. Es ist unverständlich, weshalb der Beschluß des Bundesrates erst so spät erfolgte und erst noch eine Liquidationsfrist von zwei Jahren vorsieht. Die Aufgaben der EPRA nehmen infolge der Motorisierung der Armee, ihrer Schulen und Kurse immer mehr ab. Sie ist nur noch bis Ende dieses Jahres an der Ausbildung der Remonten für den Nachholbedarf der Kavallerie beteiligt, und vom Jahre 1950 an könnte das KRD nicht nur die Remonten für etwa 540 Dragoner-Rekruten pro Jahr abrichten, sondern auch die wenigen Restaufgaben der Regieanstalt erfüllen. Wie sehr diese Aufgaben zurückgehen, ersieht man aus den Rechnungs- und Budgetposten der letzten Jahre für *Pferdebeschaffung der EPRA*.

Rechnung 1947	Fr. 764 586	
Voranschlag 1948	Fr. 910 500	für 125 Remonten, 145 Artillerie-Bundespferde und 15 Bundesmaultiere,
Voranschlag 1949	Fr. 227 500	für 50 Artillerie-Bundespferde und 15 Bundesmaultiere.

Es ist begreiflich, daß die Liquidation einer Anstalt mit 300 Arbeitskräften keine leichte Aufgabe ist und vor allem in personeller Beziehung heikle Probleme stellt. Aber diese Probleme werden kaum leichter durch zeitliche Verzögerung der Liquidation. Wie bereits in der Presse zu lesen war, kann ein Teil des EPRA-Personals vom Remontendepot übernommen werden — dies bedingt allerdings einen Wechsel des Wohnsitzes —, während ein anderer, erheblicher Teil, samt den Gebäulichkeiten, von der Heeresmotorisierung übernommen wird für die wachsenden Bedürfnisse des Armee-Motorfahrzeugparkes und für die bessere Ausgestaltung des Waffenplatzes Thun zu einem Zentrum der militärischen Motorausbildung.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bei zweckmäßiger Koordination der verschiedenen Maßnahmen die längst geplante Verschmelzung der beiden Pferdeanstalten schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte möglich sein sollen, spätestens auf Ende 1949 und deren Verzögerung, wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, Millionen beansprucht, die anderswo eine nützlichere Verwendung hätten finden können.

		Rechnung 1947	Voranschlag 1948	Voranschlag 1949
<i>EPRA</i>	Ausgaben	4 061 475	4 471 695	3 507 250
	Einnahmen	704 526	677 950	346 450
	Ausgaben-Überschuß	3 356 949	3 793 745	3 160 800
<i>KRD</i>	Ausgaben	8 848 385	10 844 422	9 636 549
	Einnahmen	2 214 300	2 084 050	1 380 600
	Ausgaben-Überschuß	6 634 085	8 760 372	8 255 949
Total Ausgaben-Überschuß beider Anstalten		9 991 034	12 554 117	11 416 749

Warum hat die Bundesversammlung bei der Budgetberatung im Dezember 1948 nicht hier den Hebel angesetzt? Warum hat sie andererseits einen Abstrich von 1 Million beim Posten der *Kriegstechnischen Abteilung* «Entwicklungen, Versuche usw.» vorgenommen? Nationalrat *Eugen Dietschi* vertrat den Kommissionsantrag.

Leider drang er in beiden Kammern durch, trotz den von Bundesrat *Kobelt* geäußerten Bedenken, und trotzdem sich der Kommissionsreferent des Ständerates, *Haejelin*, sekundiert von *Speiser*, dagegen aussprach. Als Flabchef eines Armeekorps hätte Nationalrat *Dietschi* doch wissen müssen, wie sehr gerade die Flab auf Versuche und Entwicklungen angewiesen ist. Was sagen hierüber die maßgebenden Persönlichkeiten? In der Schrift des *Generalstabschefs* «Unsere Landesverteidigung» lesen wir: «Zu diesen dringenden Bedürfnissen gehören ... die Modernisierung unserer *Fliegerabwehr*» (Seite 31). In der Dezembersession sagte Bundesrat *Kobelt*: «Durch die Kreditkürzung würde das ganze Studienprogramm der K.T.A. über den Haufen geworfen. Es ist doch außerordentlich dringend, unsere Panzer- und Fliegerabwehr zu verstärken...» (NZZ, Nr. 2604, 1948). An der Pressekonferenz im E.M.D. vom 22. Januar äußerte sich diesbezüglich *von Wattenwyl*, Chef der Kriegstechnischen Abteilung: «Infolge der großen Fortschritte in der Konstruktion von Flugmaschinen sind der *Fliegerabwehr* wichtige Aufgaben erwachsen» (NZZ, Nr. 158). Schließlich betonte *Kuenzy*, Chef der Materialsektion der Generalstabsabteilung, in einem Vortrag in Zürich, es sei «heute fast unmöglich, führende Fachleute und Ingenieure in den Forschungsstab der Kriegstechnischen Abteilung beizuziehen, da ihre Bezahlung im Bundesdienst den Vergleich mit den Entschädigungen in der Privatindustrie nicht aushält» (NZZ, Nr. 202). Die Kürzung des Kredites für «Entwicklungen, Versuche» mochte vielleicht «populärer» sein als eine Personalreduktion; — auf jeden Fall ist sie zu bedauern.

Bevor man die Militärausgaben auf über 400 Millionen emporschnellen läßt, wie dies in einem in Aussicht gestellten Bericht des Finanzdepartements an die eidgenössischen Räte zu lesen sein wird, vergl. NZZ, Nr. 202, müssen die Anstrengungen vervielfacht werden, diejenigen Einsparungen zu erzielen, die möglich sind, *ohne* die Landesverteidigung zu beeinträchtigen. Das eingangs angeführte Beispiel zeigt eine solche Möglichkeit. Weitere Möglichkeiten sind vorhanden.

Miles